bnr.de
blick nach rechts

23. Jahrgang | 16 | 04. August 2006

Rechte Szene 2

Kriminelle Vereinigung
Razzia gegen Kameradschaft „Sturm 34“ – in der Szene wird über „Umstrukturierung“ diskutiert.

Rühriger Ableger
„Schutzbund“-Strukturen sind weiter aktiv.

Kopflose „Kameraden“
Vier führende Kader der NRW-Neonaziszene sitzen im Knast.

Neue Nazi-Hochburg
In Delmenhorst will Jürgen Rieger eine weitere Immobilie erwerben – und möglicherweise als „Schulungshotel“ nutzen.

„Private“ Party mit Eintritt
Urteile gegen Veranstalter von Neonazi-Rockkonzert.

Erklärter Verfassungsfeind
NPD-Parlamentarier im Visier der Justiz.

Nachwuchs-Veteranen
Polizei verwehrt Freien Kameradschaftlern den Zugang zum Opfergedenken.

Braune Pilgerstätte
Waffen-SS-Denkmal im Garten.

Gastbeitrag 7

Harmlos, weil beknackt?
Bei der Nationalversammlung Deutsches Reich bandeln Ufo-Esoteriker mit dem rechtsextremistischen Milieu an.

Ausland 8

Schulterschluss
Konservative Gruppierung in den USA pflegt rassistisches Gedankengut und gute Kontakte zu Vertretern der extremen Rechten.

Blick in die Zeitgeschichte 9

„Gesamtlösung“
Im Sommer vor 65 Jahren wurde der Auftrag zur physischen Vernichtung der europäischen Juden gegeben.

Rezension 10

Keine Freunde und Helfer
Deutsche Ordnungshüter haben massiv an der Deportation und Ermordung von mehr als zwei Millionen Juden in der Sowjetunion mitgewirkt.

Meldungen 11

Rechte Szene

Kriminelle Vereinigung

Razzia gegen Kameradschaft „Sturm 34" – in der Szene wird über „Umstrukturierung" diskutiert.

Die 17 000-Einwohner-Stadt Mittweida in Sachsen kennt seit Tagen nur ein Gesprächsthema: Die Razzia der Polizei in der letzten Juli-Woche gegen die rechtsextreme Kameradschaft „Sturm 34", die seit März des Jahres existiert. Zuvor registrierte man Attacken gegen von Ausländern betriebene Imbisse in der Region oder in der Geschäftsstelle der Linkspartei wurde die Scheibe eingeworfen. Seit dem Frühjahr eskalierte jedoch die Gewalt von rechter Seite, sodass die Staatsanwaltschaft in Dresden jetzt von der Bildung einer kriminellen Vereinigung ausgeht. Die Kameradschaft sei allein zu dem Zweck gebildet worden, um Mittweida und Umgebung von politisch Andersdenkenden und Ausländern zu „befreien", ergaben die Ermittlungen. Dass versucht wurde, solch eine „national befreite Zone" zu schaffen, zeigten abendliche und nächtliche Patrouillen der Neonazis.

In Mittweida und in Nachbargemeinden wurden insgesamt 27 Objekte durchsucht. Gegen 26 Verdächtige im Alter von 17 und 48 Jahren wird wegen zahlreicher Gewaltdelikte ermittelt, viele von ihnen seien bei den Verfolgungsbehörden „alte Bekannte", hieß es. Unter anderem werden diesem Personenkreis brutale Überfälle in Naundorf und Breitenborn zugeschrieben. Eine zentrale Figur in der Neonaziszene soll der aus Bayern stammende Rudolf Schlotter sein. Der NPD-Sympathisant hat der Kameradschaft in jüngster Zeit immer wieder seinen privaten Anbau als Treffpunkt zur Verfügung gestellt. Bei ihm und anderen Verdächtigen wurden Tonträger, Fahnen, NS-Devotionalien, Computer, Propagandamaterial und Schreckschusswaffen entdeckt. Ein Polizeisprecher teilte mit, dass sich der Tatverdacht gegen die Kameradschaftsmitglieder nach den Durchsuchungen erhärtet habe.

Mittweida hat auch drei reguläre Gaststätten, in denen die rechte Szene verkehrt. Zur Fußball-WM besuchte eine Neonazi-Horde mit „Sieg Heil"-Rufen die öffentliche Übertragung und auch auf dem Marktplatz musste die Polizei gegen rechte Parolen einschreiten. Die NPD bekam bei der vergangenen Landtagswahl immerhin zwölf Prozent der Stimmen in der Kleinstadt. Mit Sorge beobachtet die Mittweidaer SPD, dass die NPD in kleineren Nachbarorten klammen Jugendclubs die Finanzierung von Stereoanlagen anbietet. Besagte feste Treffpunkte sind so attraktiv, dass auch aus dem benachbarten Raum Chemnitz rechtsgerichtetes Potenzial nach Mittweida strömt, so die Beobachtungen der Linkspartei. Bereits zu Zeiten der Demonstrationen gegen Hartz IV versuchten Neonazis, sich unter den sozialen Protest zu mischen.

In Sachsen sind nach Verfassungsschutzerkenntnissen nahezu 40 Kameradschaften aktiv. In den vergangenen fünf Jahren war die Polizeiaktion immerhin der 15. Schlag gegen rechtsextreme Zirkel im Freistaat. Wie notwendig dies ist, machen Zahlen der Opferberatungsstelle AMAL deutlich. Im ersten Halbjahr 2006 hat sich die Zahl von Übergriffen mit rechtem Tatmotiv um 25 Prozent (44, im Vorjahreszeitraum 34) erhöht. AMAL geht sogar noch von einer hohen Dunkelziffer gar nicht bekannt gewordener Delikte aus.

Im Internet wird nach der Razzia seitens des rechtsextremen Spektrums eine weniger offene Kameradschaftsarbeit propagiert, hin zu verdeckteren Strukturen. So heißt es beim „Blickpunkt Lausitz": „Noch immer bestehen Kameradschaften auf feste Namen, auf regelmäßige Kameradschaftsabende ... obwohl mittlerweile allgemein bekannt sein muss, dass Verbote schneller kommen, als man damit rechnet. Nur die Umstrukturierung des Nationalen Widerstands schützt Aktivisten vor staatlichen Repressionen." Im Online-Portal der „Freien Offensive" ist zu lesen: „In der Vergangenheit wurde immer wieder der Fehler begangen, unnötige Schriftstücke wie Mitgliederlisten, Kassenhefte und dergleichen zu führen. Eine Gruppenidentifikation über einheitliche Kleidungsstücke ist bis heute noch weit verbreitet. Doch gilt es gerade aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen! Wer also ernsthaft vorhat sich aktiv politisch zu betätigen, für den ist es unerlässlich ... sich darüber klar zu werden, dass es in der heutigen Zeit gewisse Dinge besser zu unterlassen gilt. Diese Erkenntnis resultiert gleichfalls aus dem Anspruch auf Selbstschutz als auch dem Schutz weiterer Personen und Zusammenhänge!" (Zeichensetzungsfehler im Original).

Horst Freires

Rühriger Ableger

„Schutzbund“-Strukturen sind weiter aktiv.

Seit wenigen Tagen wird auf der Homepage des „Freien Widerstandes“ für die „Bewegung Neues Deutschland“ mit Sitz in Leipzig geworben. Bei dieser Gruppierung könnte es sich um einen Ableger des Anfang Juli in Brandenburg verbotenen „Schutzbund Deutschland“ handeln. Das Mobile Beratungsteam in Neuruppin hat Flugblätter der beiden Organisationen verglichen und stellt fest, dass „Inhalte, Layout und Farbkombinationen fast deckungsgleich sind“. Wie der Autor einer Schrift des „Schutzbundes“ vom August 2005 nennt sich auch der Verfasser der PDF-Datei des aktuellen Flugblattes der „Bewegung Neues Deutschland“ „Bim Bo“.

Das brandenburgische Innenministerium hatte 2005 bestätigt, dass der „Schutzbund“ mit der 2004 in Vetschau gegründeten „Bewegung Neue Ordnung“ „nahezu personenidentisch“ sei. Ehemalige Schutzbund-Funktionäre sollen weiterhin aktiv sein. Bis zum Verbot bombardierte die Gruppierung die Region um Wittstock und Pritzwalk mit Flugblättern, die meistens vom früheren NPD-Landeschef Mario Schulz aus Cumlosen unterzeichnet waren. Seit ihrem Austritt aus der NPD im Frühjahr 2005 feindeten Mario Schulz und Mathias Wirth die Partei offen an und verstärkten ihre Kontakte zu den Freien Nationalisten. Wirth und Schulz waren offiziell zunächst in der „Bewegung Neue Ordnung“ aktiv, für die Wirth seit 2004 als Stadtverordneter in Wittstock auftrat. Mit Titeln wie „60 Jahre Besatzung“ oder „BRD ist unser Untergang“, provozierten sie dann im „Schutzbund“.

Jetzt gibt es interne Hinweise, dass Anhänger des verbotenen „Schutzbundes“ für die „Meckenburgische Aktionsfront“ (MAF) im NPD-dominanten Bereich Ludwigslust Flugblätter verteilen sollen. Stapelweise seien Schriften mit Auszügen aus der „Privatisierungs-Broschüre“ von NPD-Kandidat Michael Gielnik (Soziales und Nationales Bündnis Pommern) Mitte Juli in die Prignitz befördert worden. Mit einer solchen Aktion provozieren die Freien Kräfte um die ehemaligen „Schutzbund Strukturen“ und „MAF“ eine erneute Auseinandersetzung mit der NPD.

Andrea Röpke

Kopflose „Kameraden“

Vier führende Kader der NRW-Neonaziszene sitzen im Knast.

Das Aktionsbüro Westdeutschland warb Mitte Juni um Solidarität mit einsitzenden Kameraden: „Die Unterstützung der Mitstreiter ist es, die unseren Gefangenen über die schweren Stunden und Tage seelischer und leiblicher Not in der Gefangenschaft hinweg hilft.“ Drei „politisch Verfolgte der Demokratie“ wurden namentlich genannt. Als erster war Paul Breuer, Anmelder von Neonazi-Demos und neben Axel Reitz führender Kopf der Szene in Köln, hinter Gitter gewandert. Ihm wird Körperverletzung vorgeworfen: Er soll einen Neonazigegner angegriffen haben. Die Staatsanwaltschaft begründete ihren Antrag auf U-Haft unter anderem mit der Fluchtgefahr angesichts der zu erwartenden erheblichen Freiheitsstrafe. Ein halbes Jahr muss Sascha Krolzig (19) aus Hamm absitzen. Trotz seiner jungen Jahre hatte er sich in der lokalen Neonaziszene an die Spitze gearbeitet und war beinahe schon zum Dauerredner bei Demonstrationen der Szene in NRW geworden. Verurteilt wurde er wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Dritter im Bunde ist Christoph Drewer, ebenfalls aus Hamm und ebenfalls schon als Demoredner aufgefallen, der in U-Haft genommen wurde. Örtliche Neonazigegner werfen ihm vor, auch an Gewalttaten beteiligt gewesen zu sein.

Der Solidaritätsaufruf des AB West wurde im Rückblick betrachtet zu einem in eigener Sache. Denn inzwischen wanderte mit Axel Reitz auch der führende Kopf des Aktionsbüros in Haft. Er musste am 26. Juli eine 33-monatige Haftstrafe antreten. Wegen Volksverhetzung war er zu 21 Monaten Haft verurteilt worden, nachdem er bei einer Demo gegen den Bau einer Synagoge in Bochum mit antisemitischen Tiraden aufgetreten war. Hinzu kam eine frühere Verurteilung zu einem Jahr Haft, deren Bewährung widerrufen wurde. Vier Tage vor seinem Haftantritt sollte die Szene in Hamm noch einmal auf die Straße gehen, um „Freiheit für alle politischen Gefangenen“ zu fordern. Doch die Resonanz war eher lau. Nach Angaben der Hammer Neonazis nahmenwaren 80 Gesinnungskameraden an der Demonstration teil.

Tomas Sager

Neue Nazi-Hochburg

In Delmenhorst will Jürgen Rieger eine weitere Immobilie erwerben – und möglicherweise als „Schulungshotel" nutzen.

Wie der „Delmenhorster Kurier" berichtete, hat der Direktor der britischen „Willhelm-Tietjen-Stiftung für Fertilisation", der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger, bereits ein schriftliches Angebot über 3,4 Millionen Euro für die renovierungsbedürftige Hotelanlage mitten in der Innenstadt von Delmenhorst bei Bremen abgegeben. Laut epd-Delmenhorst soll der Kaufvertrag zwischen Rieger und Mergel am 15. August unterzeichnet werden.

Die nach ihrem Spender, einem völkischen Bremer Lehrer, benannte Stiftung, kaufte vor etwa zwei Jahren bereits für 255 000 Euro den „Heisenhof" in Dörverden und kurz zuvor für 360 000 Euro ein ehemaliges Hotel im thüringischen Pößneck.

Das „Hotel am Stadtpark" in der 80 000-Einwohner-Stadt Delmenhorst liegt zentral, gleich neben den Veranstaltungszentren Delmeburg und Delmehalle. Dennoch stehen die 100 Betten wegen Lärmbelästigung seit einem Jahr leer. Besitzer Günter Mergel fährt zwar noch einen BMW Roadster, ist nach eigenen Angaben aber pleite. Wie die „taz Nord" berichtet, ist Mergel hochverschuldet und will einfach nur noch verkaufen, egal an wen. Moralische Skrupel wischt er beiseite. „Ich war Millionär", erzählt er der „taz", „und das Beste ist: Jetzt werde ich wieder einer." Obwohl der Zeitwert des Delmenhorster „Hotels am Stadtpark" nur auf 1,5 Millionen Euro geschätzt wird, habe Rieger ihm die geforderten 3,4 Millionen angeboten. Die Kommune ist zwar aufgeschreckt, von einem Vorkaufsrecht will sie dennoch nicht Gebrauch machen. Die Haushaltslage der Stadt ist desolat. Mergel bot es einst der Stadt an, die solle sich dort mit ihrer Verwaltung niederlassen, es wurde abgelehnt. Im Bebauungsplan ist die Immobilie als Hotel ausgewiesen, gegenüber Mergel sprach Rieger auch bereits von einem „Schulungshotel". Auf dem „Heisenhof" in Dörverden will Rieger nach Informationen des „Weser-Kurier" lediglich die „Forschungsarbeit" im Bereich der „Fortpflanzungswissenschaft" betreiben.

Beobachter warnen seit Monaten vor den zunehmenden Neonazi-Strukturen in der Region um Delmenhorst. Zwischen Bremen und Oldenburg wächst nicht nur die Kameradschaftsszene, auch die Vernetzung zwischen NPD-Funktionären von Osnabrück über das Oldenburger Land bis hin zur „Wahlkampfzentrale" auf dem Heisenhof in Verden ist eng. In Delmenhorst sitzt ebenso der vom Verfassungsschutz beobachtete und von der Neonazi-Szene geachtete „Muslim Markt", dessen Betreiber 2004 wegen Volksverhetzung vom Amtsgericht verurteilt wurde. Rieger, der eher auf Altnazi-Kontakte zurückgreift, kann in der Region einige Anhänger, auch aus dem Bereich der „Stillen Hilfe für Kriegsgefangene", vorweisen.

Jetzt fürchten die Stadtoberen, dass Delmenhorst nicht mehr nur durch Sängerin Sarah Connor oder ein Lied der Gruppe „Element of Crime" bekannt werden könnte – sondern auch als neue Nazi-Hochburg. Die führende CDU-Fraktion im Stadtrat schätzt die politischen Möglichkeiten indes als „eher gering" ein. Sie setzt nur auf den Widerstand der möglicherweise an der Finanzierung beteiligten Banken. Aber Rieger ließ gegenüber dem Alteigentümer laut „taz"-Bericht bereits verlauten, er brauche kein Fremdkapital.

Andrea Röpke

„Private" Party mit Eintritt

Urteile gegen Veranstalter von Neonazi-Rockkonzert.

Das Amtsgericht Alsfeld war an mehreren Prozesstagen Schauplatz für die juristische Aufarbeitung des rechtsextremen Skinheadkonzertes im hessischen Kirtorf (Vogelsbergkreis) vom 3. Juli 2004. Ein als private Geburtstagsfeier deklariertes Rechtsrockkonzert mit den Gruppen „Garde 18", „Aryan Rebels" und „Absurd" erhielt nachträglich erhöhte Aufmerksamkeit dadurch, dass das ARD-Magazin „Kontraste" einige Wochen später Teile der Veranstaltung – unbemerkt aufgenommen – ausstrahlte, und dabei wurde deutlich, dass vor rund 260 Besuchern hauptsächlich aus dem süddeutschen Raum volksverhetzende Texte Verbreitung fanden. Ferner war in dem TV-

Beitrag zu sehen, wie Besucher die Hand zum Hitlergruß hoben.

Das Gericht sah es jetzt als erwiesen an, dass sich der damals im fränkischen Bastheim wohnende Michael Schäfer (32) als Hauptveranstalter sowie die beiden Kirtorfer Bertram Köhler (43) und Glenn Engelbrecht, 31-jähriger Neffe Köhlers, der Beihilfe beziehungsweise der Mittäterschaft zur Volksverhetzung schuldig gemacht haben. Das Familien-Duo ist bei den Behörden einschlägig bekannt und gehörte über einen längeren Zeitraum zu der vom Verfassungsschutz als sehr umtriebig beschriebenen „Kameradschaft Berserker Kirtorf". Auf dem Anwesen Köhlers – eine Bauernstelle mit ehemaligem Schweinestall – haben jahrelang Treffen, Versammlungen und Konzerte mit rechtsgerichtetem Besuch stattgefunden. Ständig gab es deshalb Polizeieinsätze rund um die Gemeinde. Da Engelbrecht am 20. April geboren ist, stiegen an diesem für die rechte Szene geschichtsträchtigen Tag in Kirtorf in der Vergangenheit stets einschlägige Partys. Erst seitdem das Bauamt Köhler, der sich zur NPD bekennt, die Nutzung seiner Räumlichkeiten für Konzerte untersagte, ist in Kirtorf Ruhe eingekehrt.

Für den 3. Juli 2004 war schriftlich oder per E-Mail eingeladen, Eintritt kassiert und Würstchen sowie Getränke verkauft worden. Dies alles spreche für einen öffentlichen und keinen privaten Charakter, hieß es in der Urteilsbegründung. Köhlers Anwalt Ulrich Hinz streute in dem Prozess den Verdacht, dass der Verfassungsschutz in den Fall involviert sei.

Bei der Urteilsverkündung kam der heute im thüringischen Meiningen lebende Schäfer nicht ungeschoren davon, weil er gleich vier Vorstrafen auf seinem Konto hatte, die letzte Verurteilung übrigens wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Da die Bewährungszeit für diese Straftat noch nicht abgelaufen ist, verurteilte ihn das Amtsgericht zu einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe. Gegen Köhler wurde eine Geldstrafe in Höhe von 1 950 Euro verhängt, gegen Engelbrecht eine von 4 200 Euro. Kopfschütteln verursachte bei Beobachtern der Verhandlung die Information, dass Schäfer derzeit in einem Kindergarten einem Ein-Euro-Job nachgeht.

Horst Freires

Erklärter Verfassungsfeind

NPD-Parlamentarier im Visier der Justiz.

Dem sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten und gelernten Fahrschullehrer Uwe Leichsenring (Jg. 1967) drohen Ermittlungen wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung. Am Rande eines Prozesses in Dresden gegen den Neonazi und Ex-Kader der Wiking-Jugend, Thomas Sattelberg (er wurde jetzt zu acht Monaten Haft verurteilt), war bekannt geworden, dass Leichsenring im Landtagswahlkampf 2004 offenbar mit der 2001 verbotenen Neonazi-Kameradschaft Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) kooperiert hat. Protokolle der Telefonüberwachung Sattelbergs belegen, dass Leichsenring ihn im Juli 2004 aufforderte, 20 bis 30 Mann zu einer Einwohnerversammlung in der NPD-Hochburg Reinhardtsdorf-Schöna zu schicken. In einem weiteren Telefonat bat Leichsenring, der seit 1990 der NPD angehört, um Hilfe beim Schutz von NPD-Plakaten. Einer Zeugenaussage zufolge soll Leichsenring gar an einem SSS-Treffen Mitte 2004 in Dohna teilgenommen haben.

Fakt ist, dass die SSS vor ihrem Verbot tatkräftig den Wahlkampf der NPD unterstützte. Durch die SSS wurden bei einer Vielzahl von NPD-Veranstaltungen Ordnungsdienste geleistet, darunter bei einem Auftritt des früheren Rechtsterroristen Manfred Roeder im Wahlkreis von Leichsenring. Leichsenring selbst hat im Beisein des NPD-Rechtsanwaltes Gregor Janik Treffen der SSS besucht.

Nachdem die Polizei ein Waffenlager der SSS ausgehoben hatte und eine Sonderkommission wegen des Vorwurfs der Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelte, kündigte Leichensring an, es werde der Tag kommen, da würden die „vor dem Volksgericht" stehen, die heute die nationalen Kameraden verfolgen. Leichsenring: „Natürlich sind wir verfassungsfeindlich. Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung. ... Aber es geht auch darum Strukturen aufzubauen, um bereit zu sein, wenn es mal zum Aufstand Ost kommt." An anderer Stelle hielt Leichsenring fest: „Noch sind wir keine Kraft, die dieses System aus den Angeln hebt, aber wir könnten der Funke sein, wenn in nicht allzu ferner Zukunft die Volksseele überkocht."

Anton Maegerle

Nachwuchs-Veteranen

Polizei verwehrt Freien Kameradschaftlern den Zugang zum Opfergedenken.

Die Bürgerinitiative „Hamburger Opfer unvergessen“ hatte geladen. Am 30. Juli wollte sie am Mahnmahl auf dem Ohlsdorfer Friedhof der Opfer des „alliierten Feuersturms“ von 1943 gedenken. In der „National Zeitung“ annoncierte der Vorsitzende Gerhard Teppris den Termin für die Kranzniederlegung. Die Zeitung des DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey lesen aber nicht bloß Parteigänger.

Gegen 15.00 Uhr trafen an die 25 Damen und Herren vor dem Mahnmal ein. Bei den Luftangriffen starben in den Juli-Nächten über 35 000 Menschen – auch ausländische Zwangsarbeiter und KZ-Insassen. An dem Sonntag wollten sie aber allein den „deutschen Opfern“ gedenken. Ungestört legten sie in der „Ehrengruft“ einen Kranz von der DVU und der Bürgerinitiative nieder. Kaum beklagte Teppris jedoch, auf den Stufen des Mahnmal stehend, dass der „deutschen Opfer“ nie gedacht würde, schallte ihm „Oma und Opa waren keine Opfer, sondern Täter“ entgegen. An die 60 Demonstranten hatten sich nahe dem Mahnmal versammelt. Eiligst trennte die Polizei die Gruppen. Zuvor hatten sie schon an die 30 Freie Kameradschaftler, angeführt von Inge Nottelmann, vor dem Friedhof abgewiesen. Friedlich, aber lautstark störten die Demonstranten. Offensichtlich verstimmt, wetterte Teppris, einst DVU-Kandidat, über die versuchte „Auslöschung der Deutschen“. Die Alliierten würden heute wieder Völker auslöschen, spielte er auf den Irak-Krieg an. Die Zwischenrufe störten Klaus-Christoph Marloh weniger. Der Zweite-Weltkriegs-Veteran, der mit dem U-Boot „im Felde“ war, schwärmte von der „ritterlichen Wehrmacht“.

Wegen der Demonstranten, die als „Umerzogene“ beschimpft wurden, brach Teppris die Veranstaltung nach knapp 30 Minuten ab. „Schau, die hassen Deutschland. Das sind böse Menschen“ sagte ein Opa zu seinem Enkel und zeigte auf die Demonstranten. Nächstes Jahr aber, versprach Teppris, „sind unsere jungen Leute wieder mit dabei“. In den vergangenen Jahren marschierten die Kamerdschaftler auch immer mit.

Andreas Speit

Braune Pilgerstätte

Waffen-SS-Denkmal im Garten.

Unbemerkt von der Öffentlichkeit wurde in Thüringen ein Denkmal der Waffen-SS errichtet. Es steht seit kurzer Zeit auf dem Privatgrundstück des Neonazis Thorsten Heise im Örtchen Fretterode. Das Denkmal des 1. Panzerkorps der Waffen-SS war 2004 von Unbekannten in Marienfels in Rheinland-Pfalz demontiert worden. Seit es dort im Jahr 1971 errichtet worden war, stand es immer wieder in der Kritik. Die verstärkte sich noch, nachdem das Denkmal zum Aufmarschort mehrerer rechtsextremer Demonstrationen wurde. Jetzt wird befürchtet, dass auch Thüringen eine neue rechte Pilgerstätte bekommen hat. Der vorbestrafte Heise, heute NPD-Bundesvorstandsmitglied, ist seit Jahrzehnten in der rechtsextremen Szene aktiv. Vor drei Jahren wurden bei einer Durchsuchung von Heises Thüringer Domizil Waffen und rechte CDs sicher gestellt.

Er hatte im Herbst 2005 einen Vertrag mit dem Vorstand des „Kameradschaftsverbands der Soldaten des ersten Panzerkorps der ehemaligen Waffen-SS“ geschlossen, der den Transport und das Aufstellen des Denkmals regelte. Dort verpflichtet sich Heise auch, das Denkmal nicht für parteipolitische Zwecke, sondern nur für Gedenkfeiern der Veteranen zu nutzen. Damit soll wohl sichergestellt werden, dass es auch für den Teil der Rechten, die nicht gut auf die NPD zu sprechen sind, für ihre Aktionen genutzt werden kann. Der Verbandsvorsitzende und ehemalige Bankdirektor Claus Cordsen erklärte in der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“, dass „aus der Erinnerungsstätte für uns eine Gedenkstätte an uns werden“ soll.

Mittlerweile haben zivilgesellschaftliche Organisationen heftige Kritik an der passiven Haltung der kommunalen Behörden in Fretterode geübt. So habe es, nachdem der Vertragsabschluss zwischen Heise und dem Kameradschaftsverband bekannt geworden ist, keine kritische Stimme zu dem Vorhaben gegeben. Bürgermeister Uwe Wedekind wird in der Presse mit dem Statement zitiert, dass Heise im Ort so behandelt werde, „wie jemand, der von der Ostsee kommt und hier Urlaub macht“.

Peter Nowak

Gastbeitrag

Harmlos, weil beknackt?

Von Martin Gerster MdB

Bei der Nationalversammlung Deutsches Reich bandeln Ufo-Esoteriker mit dem rechtsextremistischen Milieu an.

Der eine leugnet die Existenz der Bundesrepublik, der andere will um die Existenz von Ufos wissen. Unter dem Dach der „Nationalversammlung des Deutschen Reichs" kommen beide zusammen. Matthes Haug als selbst ernannter Reichspräsident und Reiner Feistle, der nach eigener Aussage von Außerirdischen entführte Hauptdarsteller des Werks „Projekt Aldebaran", das aus der Feder des Verschwörungstheoretikers Jan Udo Holey (Jan van Helsing) stammt. Auf der Suche nach Science-Fiction-Publikum ist Feistle nun bei den Ewiggestrigen angekommen.

Es ist schon eine sonderbare Melange, die sich da am rechten Rand des gesellschaftlich-politischen Lebens im deutschen Südwesten herausbildet. Doch was auf den ersten Blick wie reichlich verworrene Spinnerei klingt, erweist sich bei näherem Hinsehen als gefährliche Mixtur aus Geschichtsverfälschung und Nazi-Esoterik. Haugs „Nationalversammlung des Deutschen Reiches" ist nur eine von mehreren Kommissarischen Reichsregierungen (KRR), die sich mit Leidenschaft einer Theorie verschrieben haben, nach der das Deutsche Reich formal niemals zu existieren aufgehört habe. BRD und DDR seien hingegen mit den 2+4-Verträgen „erloschen".

Aus dieser Perspektive erscheint es für KRR-Anhänger nur konsequent, sämtlichen staatlichen Stellen die Autorität abzusprechen und eigene Dokumente wie Reisepässe und Führerscheine auszustellen. Selbstverständlich gegen Gebühren, die ironischerweise in Euro erhoben werden. Vom Berliner Verfassungsschutz noch als vor wenigen Jahren als „harmlos, weil beknackt" abgetan, zeigen die KRRs gegenwärtig starke Neigungen, sich weiter mit Kräften des extremistischen Spektrums zu vernetzen. So finden sich Verweise auf Haugs Nationalversammlung auf den Internetseiten von Rechtsextremisten wie Christian Bärthel oder Jo Conrad, der wie Feistle ein glühender Anhänger der Theorien Jan van Helsings ist. Mit seinem Buch „Geheimgesellschaften", das 1996 als volksverhetzend indiziert und beschlagnahmt wurde, hatte sich dieser als Vorreiter für die wachsende Vernetzung von Esoterik und Rechtsextremismus etabliert. Werbung für van Helsings zweifelhaftes Ouevre findet sich auch auf der Homepage des „Allgäuer Freundeskreises für grenzwissenschaftliche Phänomene" (kurz All-Para), getragen von Reiner Feistle und seine Frau Karin, deren Spezialgebiet Geistheilung durch Handlauflegen bei Menschen und Tieren ist.

„Reichpräsident" Haug bewirbt seinerseits offensiv den Rudolf-Heß-Gedenkmarsch im bayrischen Wunsiedel, der sich in jüngerer Vergangenheit – im letzten Jahr wurde ein Verbot durchgesetzt – zu einer regelrechten Pilgerfahrt für Neonazis entwickelt hatte. Damit folgt Haug einem Trend, der für den Dunstkreis der in Deutschland aktiven KRRs nicht untypisch ist.

In ähnlicher Art und Weise propagiert der „kommissarische Oberpräsident der Provinz Niederschlesien" Andreas Franke – im Rahmen der Internetinitiative „Gesundes Sachsen" – sowohl Vorträge namhafter Rechtsextremisten wie Jo Conrad als auch die abstrusen Thesen der „Germanischen Neuen Medizin", hinter denen der umstrittene Wunderheiler Eike Geerd Hamer steht. In Hamers Schriften tritt eine eindeutige antisemitische Haltung zutage, die ihn letztendlich zu der irrwitzigen Behauptung führt, die Juden verhinderten die Anwendung seiner Neuen Medizin und wollten den Massenmord an Nicht-Juden. Wo auf diese Weise Aberglaube, Quacksalberei, Antisemitismus und offene Naziverehrung zusammenspielen, wirken Kräfte, die zwar beknackt aber keineswegs harmlos sind.

Martin Gerster ist stellvertretender Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion

Ausland

Schulterschluss

Konservative Gruppierung in den USA pflegt rassistisches Gedankengut und gute Kontakte zu Vertretern der extremen Rechten.

In einem Bericht der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung „Southern Poverty Law Center" aus dem Jahr 1998 fand erstmals die rassistische Agenda des zuvor wenig bekannten „Council of Conservative Citizens" (CofCC) aus Missouri Aufmerksamkeit. Pseudowissenschaftliche Lehren von der genetischen Minderwertigkeit von Afroamerikanern gehörten den Studien nach ebenso zum allgemeinen Gedankengut der Mitglieder wie die Ansicht, Immigranten würden die USA in eine „schleimige, braune Pampe" verwandeln. Komplett war der Skandal, als vielfältige Verbindungen der erzkonservativen Südstaaten-Organisation zu Lokalpolitikern oder anderen Inhabern öffentlicher Ämter offen gelegt wurden, darunter Gouverneure, Richter und Kongressmitglieder. Prominentestes Beispiel war Trent Lott, zum damaligen Zeitpunkt republikanischer Mehrheitsführer im US-Senat, der auf CofCC-Veranstaltungen als Redner aufgetreten war und die Anhänger gelobt hatte, für die „richtigen Prinzipien und die richtige Philosophie" zu stehen.

Das CofCC wurde 1985 in Atlanta gegründet und ist der Nachfolger des „White Citizens' Councils" der 1950er und 1960er, einer Graswurzelkoalition weißer Rassisten im Kampf gegen die Abschaffung der Rassentrennung und die Integrationsforderungen der Bürgerrechtsbewegung. Vier Jahrzehnte später kämpft die mittlerweile in St. Louis ansässige Organisation weiterhin an den gleichen Fronten. Im Fokus stehen Themen wie illegale Einwanderung, Affirmative Action oder die Bewahrung der Südstaatenkultur. Mitbegründer und Vorsitzender Gordon L. Baum umreißt die Ziele der rund 15 000 Mitglieder zählenden Gruppe, deren Hochburgen als Teil der sezessionistischen Neokonföderations-Bewegung in Alabama, Georgia und Mississippi liegen, mit der „Verteidigung des euro-amerikanischen Volkes und der von ihm erschaffenen christlichen Zivilisation".

Unter dem Deckmantel angeblich seriöser Forschung werden in Publikationen Angst und Vorurteile gegenüber nicht-weißen Minderheiten geschürt, Homosexuelle als „perverse Sodomiten" porträtiert und die zunehmende „Bastardisierung der Rassen" beklagt. Die Erklärung gab es bis 2001 auf der Website der Organisation zu lesen: „God is the author of racism ... mixing the races is rebellious against God" (Gott ist der Erfinder des Rassismus…Vermischung der Rassen ist Rebellion gegen Gott).

Während das von Baum geführte CofCC in den Jahren nach seiner Gründung vor allem durch die erfolgreiche Integration prominenter Konservativer eine beträchtliche Anzahl an relativ moderaten Unterstützer rekrutieren konnte, werden die Verbindungen von Mitgliedern zu Neonazis oder anderen Gruppierungen des „White Supremacy"-Spektrums mittlerweile immer halbherziger dementiert. So gehörte Vorstandsmitglied Sam Dickson im Frühjahr als offizieller Vertreter des Councils zu den Unterzeichnern von David Dukes so genanntem „New Orleans Protokoll", einer Kooperationsvereinbarung rechtsextremer Kräfte im gemeinsamen Kampf für ein „weißes Amerika". Mit Edgar Steele und Edward Fields veröffentlichten zwei fanatische antisemitische Verschwörungstheoretiker der USA Artikel im CofCC-Organ „The Citizens Informer" (Auflage: 20.000). Letzter Herausgeber war der 2005 verstorbene Rassist Sam Francis.

Belegt wurde der Schulterschluss des CofCC mit der radikalen Rechten zuletzt auf der diesjährigen Nationalkonferenz der Organisation Mitte Juni in Kentucky, auf der unter anderem „Stormfront"-Führer Don Black, der kanadische Holocaust-Leugner Paul Fromm und Kevin Lamb, Herausgeber des extremen Journals „Occidental Quarterly" als Sprecher auftraten. Im Publikum tummelten sich Mitglieder von National Vanguard, den Imperial Klans of America, der White Peoples Party sowie Angehörige verschiedener national-patriotischer Milizen. Auch auf internationaler Ebene unterhält das CofCC gute Kontakte. Als „Europäische Alliierte" werden auf der Homepage der Organisation die British National Party oder der belgische Vlaams Belang genannt. 1998 besuchte eine CofCC-Delegation eine Veranstaltung des französischen Front National. Als Gastgeschenk überreichten die Amerikaner Jean-Marie Le Pen eine Südstaaten-Fahne, Symbol für die Befürwortung von Sklaverei und Rassentrennung.

Michael Funk

Blick in die Zeitgeschichte

„Gesamtlösung“

Im Sommer vor 65 Jahren wurde der Auftrag zur physischen Vernichtung der europäischen Juden gegeben.

Wenn im Januar nächsten Jahres an die Wannseekonferenz erinnert wird, dann dürfe sich der alte, aber historisch falsche Hinweis wieder finden, bei dieser Berliner Konferenz am 20. Januar 1942 sei die „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen worden. Einen solchen Beschluss gab es nämlich gar nicht. Es gibt auch kein Dokument mit der Unterschrift Hitlers, nun die europäischen Juden zu ermorden. Seit Hitlers schriftlicher Anweisung, erbkranken und unheilbaren Menschen den „Gnadentod“ zu gewähren, hat Hitler kein vergleichbares Dokument mehr unterschrieben. Unter dem Druck der Kirchen, aber auch wegen der Angst deutscher Soldaten, nach schweren Verwundungen umgebracht zu werden, musste die „Euthanasie“ mit Beginn des Krieges abgebrochen werden.

Es war Hitlers erste und schwerste innenpolitische Niederlage. Dergleichen sollte sich nicht wiederholen. Deshalb hat er die „Endlösung“ auch nicht schriftlich verfügt, wenngleich er persönlich den Auftrag dazu erteilt hat. Genaue Einzelheiten sind trotz weltweiter Forschungen nicht bekannt. Dennoch steht fest, dass der Befehl von ihm kam, weil eine solche grundsätzliche Entscheidung ohne den Diktator nicht vorstellbar ist. Ende 1939, nach dem Sieg über Polen, hatte Hitler der Vertreibung der Juden ins „Reservat Lublin“ in Südostpolen zugestimmt. Nachdem 1940 Frankreich kapituliert hatte, genehmigte er den „Madagaskarplan“, die Deportation der Juden auf die Insel Madagaskar. Mit der augenscheinlich bevorstehenden Niederlage der UdSSR im Sommer 1941 sah Hitler keinen Grund mehr zu irgendeiner Zurückhaltung.

Fest steht, dass Hitler seinen engsten Vertrauten Heinrich Himmler, Hermann Göring und Reinhard Heydrich erläutert hat, was jetzt zu tun sei. Mit der „Endlösung“ zu beginnen, also der physischen Vernichtung der europäischen Juden. Ende Juli 1941, also vor 65 Jahren, suchte Reinhard Heydrich, in Berlin Hermann Göring auf und ließ ihn eine auf den 31. Juli 1941 datierte Vollmacht mit dem Auftrag unterschreiben, „alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage.“

Mit dieser Anordnung war aber die größte Schwierigkeit noch nicht gelöst: Das WIE? Die Massenmorde hatten in Polen begonnen, waren aber nicht geheim geblieben. Außerdem hatten sich viele Mörder überfordert gezeigt. Sie konnten es nicht verkraften, tausende Menschen zu erschießen. Bei der „Gesamtlösung“ handelte sich um Millionen von Opfern, wie die Teilnehmer der Wannseekonferenz erfuhren. Es mussten neue Tötungsmethoden ge- und erfunden werden. Dabei konnten die Exekutoren auf drei Erfahrungen zurückgreifen. Die Tötungsmethoden bei der „Euthanasie“ mit Giftgas, die Existenz der Konzentrationslager und die Deportationstechnik bei den großen Umsiedlungsaktionen besonders nach dem Sieg über Polen. So entstand das System der Vernichtungslager.

Anfang August 1941 reiste der Chef des Judenreferats im RSHA, Adolf Eichmann, nach Auschwitz, um mit Kommandant Rudolf Höß über eine Lösung der Probleme zu sprechen. Höß schreibt in seinen Aufzeichnungen: „Wir kamen in dieser Frage zu keinem Entscheid. Eichmann wollte sich nach einem Gas, das leicht zu beschaffen wäre und keine besonderen Anlagen erforderre, erkundigen und mir dann berichten ... Eichmann fuhr nach Berlin zurück, um dem Reichsführer SS über unsere Besprechung zu berichten. Einige Tage später schickte ich durch Kurier einen genauen Lageplan und eine genaue Beschreibung der Anlage an den Reichsführer SS.“

Man einigte sich auf das Schädlingsbekämpfungsmittel Cyklon B und begann mit dem Bau der Vernichtungsstätten. Zum ersten Mal wurden die Giftkristalle Anfang September 1941 an sowjetischen Kriegsgefangenen in Auschwitz in einem Bunker in der Nähe der Kommandantur erprobt. Ende Oktober begannen die Bauarbeiten an den künftigen Vernichtungslagern Belzek und Chelmno, das Anfang Dezember fertig war. Die Juden wurden in dem Gebäude in den Keller geführt. Sie mussten sich entkleiden und danach wurden sie brutal in bereit stehende Lastkraftwagen getrieben und mit dem Abgas ermordet. Am Ende waren sechs Millionen Opfer zu beklagen.

Heiner Lichtenstein

Rezension

Keine Freunde und Helfer

Deutsche Ordnungshüter haben massiv an der Deportation und Ermordung von mehr als zwei Millionen Juden in der Sowjetunion mitgewirkt.

Das Ausmaß und die Durchführung des Massenmords von SS und Einsatzgruppen an den europäischen Juden gelten heutzutage als weitgehend erfasst und dokumentiert. Dass auch die deutsche Ordnungspolizei erheblich an dem größten Menschheitsverbrechen beteiligt war, ist dagegen bisher wenig bekannt. Erst seit Ende der 1980er Jahre beackern Historiker und Rechtswissenschaftler dieses Forschungsgebiet intensiv. Nach Heiner Lichtenstein („Himmlers grüne Helfer"), Christopher Browning („Ganz normale Männer") und Wolfgang Kopitzsch, der mehrere Beiträge über die Polizei im Dritten Reich veröffentlicht hat, legt nun der Rechtsanwalt und ehemalige Hamburger Justiz-Senator Wolfgang Curilla (SPD) eine umfangreiche Studie über die Rolle der deutschen Ordnungspolizei bei der Judenvernichtung im Baltikum und in Weißrussland vor.

Curilla präsentiert nicht nur eine erschütternde Rechnung: Deutsche Polizisten haben an der Deportation und Ermordung von mindestens der Hälfte der mehr als zwei Millionen jüdischen Opfer in der Sowjetunion mitgewirkt. Er stellt auch die Grundlagen und Voraussetzungen für die Verbrechen ausführlich dar – von der systematischen Entrechtung der Juden durch den NS-Staat, der Verflechtung von Polizei und SS durch die Ernennung von Heinrich Himmler zum Chef der Deutschen Polizei bis zum dezidierten Auftrag zum Massenmord an die Einsatzgruppen und die Ordnungspolizei. Anhand von Zeitzeugendokumenten (Kriegstagebücher von Angehörigen der am Holocaust beteiligten Polizeibataillone), Urteilen (Einstellungs- und Nichteröffnungsbeschlüsse der Gerichte) und mit Hilfe von Aussagen in den Ermittlungsverfahren für die Prozesse gegen NS-Verbrecher in der Nachkriegszeit analysiert und bewertet der Rechtswissenschaftler auch ausgiebig die Taten. Dabei beleuchtet er die Geschichte einzelner Polizeieinheiten – beispielsweise die Einsätze der Reiterabteilung I oder der Reserve-Polizeikompanie Nürnberg.

Neben den Verbrechen, die der systematischen Vernichtung der osteuropäischen Juden dienten, berücksichtigt der ehemalige Senator auch den Kampf gegen Partisanen und die so genannten Enterdungsaktionen. Schon 1942 gab es Überlegungen zur Beseitigung der Spuren der Massenmorde an den Juden. Als Moskau der Weltöffentlichkeit nach der Niederlage der 6. Armee in Stalingrad die Entdeckung gigantischer Massengräber bei Rostow bekannt gegeben hatte, kam die Anweisung aus dem Reichssicherheitshauptamt, die Spuren der Judenvernichtung sollten so gut wie möglich verwischt werden. Damit der Roten Armee keine Beweise in die Hände fallen konnten, wurde SS-Standartenführer Paul Blobel damit beauftragt, die Massengräber öffnen und die Leichen verbrennen zu lassen.

Die Drecksarbeit der deutschen Mörderbanden mussten Juden und einheimische Zwangsarbeiter erledigen. Aber auch Züge von Schutzpolizisten aus der Ordnungspolizei haben an der Durchführung der „Geheimen Reichssache" der drei „Sonderkommandos 1005" mitgewirkt.

Im dritten Hauptteil seiner Abhandlung beschäftigt sich Curilla mit den Tätern – ohne dabei die subjektive Seite und die Tatsache zu vernachlässigen, dass es in einigen Fällen auch Verweigerungen von Mordbefehlen gab. Nicht wenige Polizisten gerieten in Gewissensnöte, erlitten nach der Erschießungen von Juden Nervenzusammenbrüche oder flüchteten sich in den Alkoholismus.

Ein Großteil der hauptverantwortlichen NS-Täter wurde zwar schwer bestraft. Aber vielfach sah die Justiz von einer Verurteilung „des kleinen Polizeibeamten" ab – oder er kam mit einem sehr geringen Strafmaß davon. Man könne darüber streiten, ob die Urteile eine „angemessene Sühne darstellten", resümiert Curilla, „denn die Ordnungspolizisten gehörten nicht zur Seite der Opfer, sondern waren Täter."

Volker Stahl

Wolfgang Curilla, Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrussland 1941 – 1944. Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2006, 1041 Seiten, 68,-- EUR

Meldungen

„Nicht umsonst eingesperrt"

Gotha/Achim – Frank Schwerdt, NPD-Landesvorsitzender in Thüringen und ehemals NPD-Bundesgeschäftsführer, ruft zur Solidarität mit dem inhaftierten Rechtsextremisten Rigolf Hennig auf. Der 71-jährige Hennig muss im niedersächsischen Achim eine neunmonatige Haftstrafe wegen Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland absitzen. Hennig, selbst ernannter Präsident des „Freistaats Preußen", war Gründungsmitglied der Republikaner, NPD-Direktkandidat bei der Bundestagswahl 2005 und gehört heute dem politischen Umfeld des notorischen Antisemiten Horst Mahler an. Bei der Kommunalwahl im Herbst in Niedersachsen tritt er als Kandidat der NPD in Verden an und wird Angaben von Schwerdt zufolge „seinen Wahlkampf von der Gefängniszelle aus betreiben". „Wer in politischer Gesinnungshaft sitzt", so der selbst knasterfahrene Schwerdt, „sollte einer größtmöglichen Solidarität sicher sein." Schwerdt appelliert an die rechtsextreme Szene, Hennig mit Briefen zu versorgen, die „dem Inhaftierten die Gewissheit" geben, „nicht umsonst eingesperrt zu sein." (am)

Demonstration für NS-Verbrecher

Nürnberg – Unter dem Motto „Recht statt Rache – Revision der Nürnberger Prozesse" wollen Neonazis am 14. Oktober in Nürnberg aufmarschieren. In einem Rundbrief des NRW-Neonazis Christian Malcoci, der auch als Parteisekretär der neonazistischen Nederlandse Volks-Unie (NVU) fungiert, ist die Rede von einer „zentralen Demonstration freier Kräfte, unterstützt von der NPD". Das Datum der geplanten Demonstration ist nicht zufällig gewählt: Am 1. Oktober 1946 endete in Nürnberg vor dem Internationalen Militärgerichtshof der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher; am 16. Oktober wurden die zehn Todesurteile vollstreckt. (ts)

Militanter Neonazi im Knast

Niederlande (Papendrecht) – Der deutsche Neonazi Michael Krick sitzt in den Niederlanden in Haft. Krick, der seit Jahren in Holland lebt, wird verdächtigt, gemeinsam mit anderen Neonazis in Papendrecht bei Rotterdam einen Schwarzen misshandelt zu haben. Die Polizei hatte zunächst fünf Anhänger der rechtsextremistischen Aktiefront Zuid Holland Zuid festgenommen. Zwei von ihnen, darunter Krick, sind noch inhaftiert. In der Bundesrepublik ist der 29-Jährige bereits unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung, Bedrohung eines Polizisten, Volksverhetzung sowie des Verwendens von Kennzeichen verbotener Organisationen vorbestraft. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de